

Fragestunde
gemäß § 48 der Geschäftsordnung
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am 18. Mai 2017

<p>Nr. 55</p>	<p>Dr. Bernd Wittkowski CDU</p> <p>Dez. I z.w.V.</p>	<p>In der neuesten Ausgabe der Zeitschrift „Städtetag aktuell“ (2/2017) ist auf Seite zwei zu lesen, dass immer mehr Beleidigungen und Drohungen gegenüber den Mitarbeitern in den Kommunalverwaltungen verzeichnet werden. Der Deutsche Städtetag unterstützt deshalb Initiativen, einen Straftatbestand im Strafgesetzbuch zu schaffen, nach dem nicht nur tätliche Angriffe gegen Polizisten und Rettungskräfte, sondern auch Beleidigungen und Bedrohungen gegenüber Mitarbeitern der öffentlichen Verwaltungen bestraft werden sollen.</p> <p>Ich frage den Magistrat vor diesem Hintergrund:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Ob und wenn ja, in welchem Umfang in den vergangenen fünf Jahren Beleidigungen und Drohungen gegenüber den Mitarbeitern der Stadt ausgesprochen wurden? 2. Sind Fälle bekannt, bei denen es nicht bloß bei Beleidigungen oder Drohungen geblieben ist? 3. Gibt es Maßnahmen, um die Mitarbeiter der Stadt vor Eskalationen durch Besucher zu bewahren oder sind solche geplant?
<p>Nr. 56</p>	<p>Christian Bachmann FW/BLW</p> <p>Dez. II z.w.V.</p>	<p>Durch Inkrafttreten des Hessischen Wohnbindungsgesetzes am 01.01.2013 hat sich die Nachwirkungsfrist bei vorzeitiger Miетilgung für Sozialwohnungen von zehn Jahren auf fünf Jahre verkürzt.</p> <p>Ich frage daher den Magistrat:</p> <p>Wie viele Wohnungen fallen in Wiesbaden auf Grundlage dieser Veränderung vorzeitig aus der Sozialbindung, und wie verteilt sich der dadurch ausgelöste Verlust an Wohnungen mit Sozialbindungen auf die nächsten Jahre?</p>

<p>Nr. 57</p>	<p>Monika Becht FW/BLW</p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Seit dem 10. Januar 2016 fährt die Buslinie 8 auf einer neuen Streckenführung durch das Komponistenviertel. Das erweiterte Verkehrsangebot war bei Anwohnern höchst umstritten. Laut ESWE-Verkehr bedarf es mindestens ein halbes Jahr um verwertbare Daten über Sinn und Nutzen einer neuen Streckenführung zu gewinnen. Anfang 2018 endet die Probezeit. Ein Sachstandsbericht zur Halbzeit wäre wünschenswert.</p> <p>Ich frage daher den Magistrat:</p> <p>Welche Erkenntnisse brachte die neue Streckenführung der Buslinie 8 in der bisherigen Probezeit (Fahrgastzahlen, Lärmbelastigungen, allgemeine Beschwerden, etc.) mit der „großen Schleife“ im Komponistenviertel?</p>
<p>Nr. 60</p>	<p>Dr. Eckhard Müller AfD</p> <p>Dez. I z.w.V.</p> <p>getauscht mit Frage Nr. 58</p>	<p>Am 20.4.2017 wurde Wiesbadens Oberbürgermeister Sven Gerich (SPD) im Wiesbadener Kurier auf Seite 11 mit einem Zitat vom 19.4.2017 wie folgt zitiert:</p> <p>„Persönlich bin ich froh, dass der Andechser die Veranstaltung in seinen Räumen abgesagt hat. Als Oberbürgermeister weise ich darauf hin, dass es einer nicht verbotenen Partei möglich ist, Räumlichkeiten anzumieten und dass der Vermieter selbst zu entscheiden hat.“</p> <p>In diesem Zusammenhang frage ich den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Wie bewertet der Magistrat grundsätzlich die obige Aussage des Oberbürgermeisters unter Berücksichtigung der massiven Bedrohung des Andechser-Personals am 18. und 19.4.2017? 2. Sollte sich ein Oberbürgermeister zu einem Sachverhalt in einer öffentlichen Stellungnahme persönlich und amtlich gleichzeitig so unterschiedlich äußern, dass beide Äußerungen durchaus als widersprüchlich zueinander bewertet werden können? 3. Welche Art von Demokratieverständnis liegt den oben zitierten beiden Äußerungen des Oberbürgermeisters zu Grunde?
<p>Nr. 59</p>	<p>Hendrik Schmehl SPD</p> <p>Dez. VII z.w.V.</p>	<p>In Hessen leben, nach Auskunft des Hess. Innenministeriums, ca. 600 Personen, die der Szene der „Reichsbürger“ zuzuordnen sind. Jeder Zehnte von Ihnen soll einen Waffenschein besitzen. In jüngster Vergangenheit sind „Reichsbürger“ durch querulatorisches Verhalten und durch Gewalttätigkeit gegenüber staatlichen Vertretern aufgefallen. Seit 11/2016 werden „Reichsbürger“ vom Landes- und Bundesamt für Verfassungsschutz beobachtet.</p>

		<p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Welche Erkenntnisse liegen über „Reichsbürger“ in Wiesbaden vor? Sind konkrete Personen bekannt? 2. Wenn ja, wie viele dieser Personen verfügen über die Möglichkeit des legalen Waffenbesitzes? Besteht die Möglichkeit, diesen Personen wegen mangelnder Zuverlässigkeit, diesen Zugang zu verwehren? Inwieweit wird dies genutzt? 3. Welche Erfahrungen macht der Magistrat mit den querulatorischen Tendenzen der „Reichsbürger“ und wie wird darauf reagiert? 4. Gibt es bekannte Anhänger unter Mitarbeitenden der Stadt oder ihrer Gesellschaften?
Nr. 58	<p>Peter Schulz AfD</p> <p>Dez. V z.w.V.</p> <p>getauscht mit Frage Nr. 60</p>	<p>In der Stadtverordnetenversammlung vom 30. März 2017 erklärte Frau Dezernentin Mörücke auf die Frage des Stadtverordneten Peter Schulz in Bezug auf den unübersichtlichen Zustand des Motorradstellplatzes Friedrichstraße/Bahnhofstraße, dass geeignete Maßnahmen zur Beseitigung des Zustands ergriffen werden.</p> <p>Ich frage daher den Magistrat:</p> <p>Welche Maßnahmen wurden konkret seit der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung ergriffen?</p>
Nr. 61	<p>Jörg Sobek L&P</p> <p>Dez. IV z.w.V.</p>	<p>Die LHW ist nicht nur bedeutender Vermieter, sondern auch Mieter. Vertragspartner sind städtische Beteiligungen, aber auch Dritte. Bisweilen entstehen kuriose Dreiecksbeziehungen, z.B. bei Generalvermietung und Teilrückmietung städtischer Gebäude zu höherer Miete.</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Wie viele Mietverträge unterhält die LHW als Mieter von Wohn- bzw. Gewerberäumen? 2. In welcher Höhe fallen dafür Mietkosten an? 3. Wie viele Verträge bestehen mit städtischen Beteiligungen, wie viele mit Dritten? 4. In welchem Umfang werden kommunale Liegenschaften an Generalmieter vermietet? Wie viele m² werden wieder zurückgemietet? Wie hoch ist die Differenz pro m² zwischen beiden Mieten? 5. Wie viele m² stehen derzeit in stadteigenen bzw. angemieteten Gewerberäumen leer? 6. Inwieweit gibt es Vorgaben zur vorrangigen Anmietung städtischer Liegenschaften? 7. Wie ist die Zuständigkeit für Anmietung von Wohn- bzw. Gewerberäumen geregelt? 8. Gibt es eigene AGBs, oder wird jeder Vertrag einzeln ausgehandelt?

Nr. 62	Andrea Lohrmann FDP Dez. I z.w.V.	Die Frauenbeauftragte der Landeshauptstadt Wiesbaden sowie Vertreter der LSBT*IQ-Community traten an die Fraktionen mit dem Anliegen heran, eine Koordinierungsstelle in der Stadtverwaltung aufzubauen, die als Schnittstelle zwischen Verwaltung und LSBT*IQ-Community dienen soll. Ich frage daher den Magistrat: <ol style="list-style-type: none">1. Ist das Thema bereits an den Magistrat herangetragen worden?2. Befürwortet der Magistrat die Einrichtung einer solchen Koordinierungsstelle grundsätzlich?3. Wie kann aus Sicht des Magistrates eine solche Koordinierungsstelle im Rathaus implementiert werden?4. Welche Erwartungen hat der Magistrat an eine solche Koordinierungsstelle?
---------------	---	--